



Erheblicher Anstieg der Baugenehmigungen von Ein- und Zweifamilienhäusern 2003

Die erneute politische Debatte über Zukunft und Niveau der Eigenheimzulage während des Jahres 2003, die ihren vorläufigen Abschluss in einer Beibehaltung bei verringerter (Neubau-)Förderung fand, schlug sich in einem deutlichen Anstieg der Genehmigungen von Ein- und Zweifamilienhäusern nieder. Bundesweit betrug die Steigerung des Genehmigungsvolumens gegenüber 2002 gut 12 Prozent.

Im Jahresverlauf waren drei Phasen zu beobachten: Ein massiver Anstieg gegenüber dem Vorjahr in den ersten vier (alte Länder) bzw. sechs Monaten (neue Länder), eine deutliche Abnahme im Jahresvergleich in den folgenden Monaten bis einschließlich August und schließlich erneute Zuwachsraten ab September 2003, allerdings auf deutlich geringerem Niveau als zu Jahresbeginn.

In den Bundesländern verlief die Entwicklung unterschiedlich. Während sechs Bundesländer Zuwächse von mehr als 20 Prozent gegenüber 2002 verzeichneten – Spitzenreiter waren die Südwestländer Rheinland-Pfalz und das Saarland –, verlief die Entwicklung in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit einem Anstieg von je knapp fünf Prozent deutlich verhaltener. In Hessen sowie in Berlin kam es 2003 sogar zu einem leichten Rückgang der EFH/ZFH-Genehmigungen (–0,5 Prozent bzw. –0,25 Prozent).

Absolut betrachtet wurden in Bayern mit 33.789 die meisten Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 32.765 und Niedersachsen mit 25.058. Berlin blieb erneut knapp unter der Marke von 2.000 Häusern.

Die Rangliste der Länder mit der höchsten Genehmigungsdichte bei Ein- und Zweifamilienhäusern (Genehmigungen 2003 je 1.000 Einwohner zur Jahresmitte, siehe Diagramm) wurde ungeachtet der rückläufigen Zuzüge aus Berlin erneut von Brandenburg angeführt, während Hessen – noch hinter Sachsen – auf dem letzten Rang der Flächenländer landete. (Ha)

